

## **24. Sitzung**

am Donnerstag, dem 19. März 2009

---

### **Inhalt**

Eingang gemäß § 21 der Geschäftsordnung .....	981
Kleine Anfrage gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung .....	981

#### **Anwendung des geltenden Waffenrechts sicherstellen!**

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 19. März 2009  
(Neufassung der Drs. 17/306 S vom 18. März 2009)  
(Drucksache 17/308 S)

Abg. Hinners (CDU) .....	981
Abg. Tschöpe (SPD) .....	982
Abg. Fecker (Bündnis 90/Die Grünen) .....	982
Abg. Woltemath (FDP) .....	983
Abg. Frau Troedel (DIE LINKE) .....	983
Senator Mäurer .....	983
Abstimmung .....	985

#### **Ortsgesetz zur Änderung der Friedhofsordnung für die stadteigenen Friedhöfe in Bremen**

Mitteilung des Senats vom 3. März 2009

(Drucksache 17/292 S) .....	986
-----------------------------	-----

**Nachtragshaushaltsgesetz und Nachtragshaushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für das Haushaltsjahr 2009 (einschließlich Veränderungen im Produktgruppenhaushalt) Hier: Umsetzung des Konjunkturpakets II des Bundes**  
 Mitteilung des Senats vom 3. März 2009  
 (Drucksache 17/291 S)

Dazu

**Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE**  
 vom 12. März 2009  
 (Drucksachen 17/297 S bis 17/302 S)

und

**Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD**  
 vom 19. März 2009  
 (Drucksache 17/309 S)

und

**Änderungsanträge der Fraktion der CDU**  
 vom 19. März 2009  
 (Drucksache 17/310 S)

Wir verbinden hiermit:

**Nachtragshaushaltsgesetz und Nachtragshaushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für das Haushaltsjahr 2009 (einschließlich Veränderungen im Produktgruppenhaushalt) Hier: Umsetzung des Konjunkturpakets II des Bundes**  
 Bericht und Antrag des städtischen Haushalts- und Finanzausschusses  
 vom 17. März 2009  
 (Drucksache 17/303 S)

Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen) .....	987
Abg. Röwekamp (CDU) .....	987
Abg. Dr. Sieling (SPD) .....	988
Abg. Dr. Buhlert (FDP) .....	989
Abg. Rupp (DIE LINKE) .....	989
Staatsrat Mützelburg .....	990
Abstimmungen .....	990

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Frau Ahrens, Erlanson, Frau Möbius, Frau Stahmann.

**Präsident Weber**

**Vizepräsidentin Dr. Mathes**

**Schritfführerin Cakici**

---

Senator für Wirtschaft und Häfen und für Justiz und Verfassung **Nagel** (SPD)

Senator für Inneres und Sport **Mäurer** (SPD)

---

Staatsrat **Mützelburg** (Senatorin für Finanzen)

Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 17.09 Uhr.

**Präsident Weber:** Ich eröffne die 24. Sitzung der Stadtbürgerschaft.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und Vertreter der Presse.

Gemäß Paragraf 21 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgende Eingänge bekannt:

1. Nachtragshaushaltsgesetz und Nachtragshaushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für das Haushaltsjahr 2009 (einschließlich Veränderungen im Produktgruppenhaushalt), Hier: Umsetzung des Konjunkturpakets II des Bundes, Bericht und Dringlichkeitsantrag des städtischen Haushalts- und Finanzausschusses vom 17. März 2009, Drucksache 17/303 S.

Ich gehe davon aus, dass Einverständnis besteht, diese Vorlage noch heute zu behandeln und mit dem Nachtragshaushaltsgesetz und dem Nachtragshaushaltsplan zu verbinden.

Dazu höre ich keinen Widerspruch. - Dann werden wir so verfahren.

2. Anwendung des geltenden Waffenrechts sicherstellen!, Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der CDU, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 19. März 2009, Drucksache 17/308 S.

Gemäß Paragraf 21 Satz 2 unserer Geschäftsordnung muss das Plenum zunächst einen Beschluss über die Dringlichkeit des Antrags herbeiführen.

Wer mit einer dringlichen Behandlung des Antrags einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, dass wir mit diesem Tagesordnungspunkt, bei dem wir gerade Dringlichkeit beschlossen haben, die Sitzung der Stadtbürgerschaft beginnen und dann im Weiteren das Haushaltsgesetz aufrufen werden.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. - Dann werden wir so verfahren.

Die übrigen Eingänge bitte ich dem heute verteilten Umdruck sowie der Mitteilung über den voraussichtlichen Verlauf der Plenarsitzung zu entnehmen.

**I. Eingang gemäß § 21 der Geschäftsordnung**

Gröpelingen stärken - Quartiersbus jetzt einrichten!  
Antrag der Fraktion der FDP  
vom 18. März 2009  
(Drucksache 17/307 S)

Diese Angelegenheit kommt auf die Tagesordnung der April-Sitzung.

**II. Kleine Anfrage gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung**

Situation des Tierheims Bremen  
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU  
vom 10. Februar 2009

Wir treten in die Tagesordnung ein.

**Anwendung des geltenden Waffenrechts sicherstellen!**

Antrag der Fraktionen der CDU,  
der SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 19. März 2009  
(Neufassung der Drs. 17/306 S  
vom 18. März 2009)  
(Drucksache 17/308 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Mäurer.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Hinners.

Abg. **Hinners** (CDU)\*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der schreckliche Amoklauf in Winnenden in der letzten Woche muss uns alle zum Nachdenken darüber bringen, wo die Ursachen liegen und wie in Zukunft eine solche Tat verhindert werden kann. Die CDU-Fraktion hat das zum Anlass genommen, die Anwendung des geltenden Waffenrechtes in Bremen einer Überprüfung zu unterziehen. Wir sind nämlich der Meinung, dass zunächst alle Möglichkeiten der Anwendung des geltenden Rechts ausgeschöpft sein müssen, bevor wir uns mit der Frage der Verschärfung des Waffenrechts beschäftigen sollten.

(Beifall bei der CDU)

\*) Vom Redner nicht überprüft.

Meine Damen und Herren, was nützt eine Verschärfung des Waffenrechtes, wenn die Verwaltung gar nicht in der Lage ist, das Recht auch durchzusetzen? Natürlich ist auch uns klar, dass selbst bei bester Überwachung und Ausschöpfung des rechtlichen Spielraums im Waffenrecht eine derartige Tat nicht gänzlich ausgeschlossen werden kann. Das gilt natürlich auch für jede Art der Verschärfung des Waffenrechtes, die von anderen Seiten vorgeschlagen wird.

Nun zum gegenwärtigen Stand der Überprüfung des Waffenrechtes in Bremen! Meine Damen und Herren, aus der Mitteilung des Senats vom 16. September 2008 zur Aufgabenerfüllung im Stadtamt geht auf Seite 4 unter Buchstabe B hervor, dass das Stadtamt erhebliche Rückstände bei der Überprüfung der Antrags-, Prüfungs- und Eingriffsverfahren im Waffen- und Jagdwesen aufweist. Aus der Mitteilung geht weiter hervor, dass bei etwa 11 000 Waffenbesitzerinnen und Waffenbesitzern zurzeit nicht die erforderlichen Bedürfnisprüfungen, die Prüfungen der sicheren Aufbewahrung der Waffen durchgeführt sowie anstehenden Waffenbesitzverbote ausgesprochen oder Widerrufe von waffenrechtlichen Erlaubnissen durchgeführt werden. Allein für den letztgenannten Bereich liegen circa 7400 unbearbeitete Vorgänge im Stadtamt auf Halde. Das ist nach Ansicht der CDU-Fraktion ein unhaltbarer Zustand, der schnellstens verändert werden muss.

(Beifall bei der CDU)

Insbesondere die Überprüfung der sicheren Aufbewahrung von Waffen, soweit rechtlich möglich, hat für uns oberste Priorität. Nach meinem Kenntnisstand wurden in Bremen im letzten Jahr lediglich fünf Überprüfungen hinsichtlich des sicheren Aufbewahrens vorgenommen. Fünf! Wir fordern daher den Senat mit unserem Antrag auf, die Anwendung des geltenden Waffenrechtes in Bremen unverzüglich sicherzustellen und der Stadtbürgerschaft bis zum 30. Juni 2009 einen Bericht über sämtliche seit dem 16. September 2008 erfolgten Maßnahmen zur Beseitigung der Missstände bei der Bearbeitung des Waffenwesens durch das Stadtamt vorzulegen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tschöpe.

Abg. **Tschöpe** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Hinners, die von Ihnen skizzierten Ergebnisse gehen auf die gemeinsame Große Anfrage zurück, die alle hier im Parlament vertretenen Fraktionen zur Situation im Stadtamt, ich glaube, im Februar 2008, gestellt

haben. Debattiert worden ist die Mitteilung des Senats hier in der Tat im September. Wir haben dort übereinstimmend, über alle Fraktionen hinweg, festgestellt, dass die Situation im Stadtamt ausgesprochen unbefriedigend ist, dass hier dringend nachgesteuert werden muss und verschiedene Restrukturierungsmaßnahmen vorzunehmen sind. Ich finde, es ist ein wenig verwunderlich, dass man jetzt sechs Monate alte Zahlen nimmt, um eine Diskussion über das geltende Waffenrecht zu führen.

Nichtsdestotrotz, und das verbindet uns, gehen wir davon aus, dass diese kommunalen Waffenkontrollen intensiviert werden müssen. Wir gehen auch davon aus, dass das Stadtamt in die Lage versetzt werden muss und durch den Senator auch wird, diese Bearbeitungsrückstände aufzuarbeiten. Wir sind insofern ganz nah bei Ihnen. Ich kann Ihnen aber versprechen, dass damit die Diskussion um die Verschärfung des Waffengesetzes in diesem Haus nicht beendet sein wird. - Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Fecker.

Abg. **Fecker** (Bündnis 90/Die Grünen)\*): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Erst einmal bin ich ganz glücklich und zufrieden, dass wir hier am heutigen Tag keine Debatte über die Konsequenzen aus dem Amoklauf in Winnenden in der Breite führen, sondern das Ganze wirklich auf den Bereich der Stadt Bremen fokussieren und auf die Mängel, die wir - darauf haben Herr Tschöpe und auch Herr Hinners eben gerade hingewiesen - im Bereich der Kontrollen bei Waffen haben. Ich glaube, dass eine solche Debatte am heutigen Tag - sei es nun die Diskussion über Computerspiele, die Rolle von Schützenvereinen, aber auch eine Verschärfung des Waffenrechts - sicherlich in der notwendigen Seriosität und auch mit dem notwendigen Abstand geführt werden muss. Natürlich schaut man aber trotzdem nach Bremen, und deswegen war es für uns als grüne Fraktion durchaus auch machbar und möglich, das Anliegen der CDU hier heute zu unterstützen.

Ich glaube, die Große Anfrage zur Situation im Stadtamt hat gezeigt, dass wir nicht nur im Bereich der Ausländerbehörde, im Bereich der Kfz-Zulassung - eigentlich in so gut wie allen Bereichen im Stadtamt - große Probleme haben, eben auch bei den Waffen. Ich glaube, es ist in Ord-

\* ) Vom Redner nicht überprüft.

nung, noch einmal auf den aktuellen Anlass, den Sie genommen haben, zu schauen. Ich gehe auch davon aus, Herr Senator Mäurer, dass Sie gleich vielleicht einmal die aktuellen Zahlen nennen, wie weit wir denn sind, wie weit wir auch im Prozess der - ich wollte gerade Renovierung des Stadtamtes sagen, weil ja immer von der Ruine gesprochen wird - Effektivierung des Stadtamtes sind, und so gesehen bin ich gleich ganz gespannt auf Ihre Zahlen. Wir tragen als Fraktion das Ziel, das dahintersteht, möglichst enge Kontrollen für den Besitz von Waffen in dieser Stadt durchzuführen, absolut mit, und daher tragen wir auch den Antrag mit. - Herzlichen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
und bei der SPD)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Woltemath.

Abg. **Woltemath** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch die FDP-Fraktion unterstützt diesen Antrag, weil wir sehen müssen, dass die sichere Aufbewahrung von Waffen gewährleistet wird, dass Überprüfungen stattfinden und die Gesetze so vollzogen werden, wie sie auch angedacht worden sind.

(Beifall bei der FDP)

Ich will hier jedenfalls nicht tiefer in die Debatte einsteigen. Es ist sicherlich immer verlockend, nach so schrecklichen Ereignissen wie in Winnenden schnell nach Gesetzesänderungen zu rufen. Ich glaube aber, genauso erforderlich ist es immer - und darauf hat die FDP auch wiederholt hingewiesen -, den Gesetzesvollzug sicherzustellen und auch wirklich die Vorschriften einzuhalten und zu beachten, die dort gegeben sind. Vielleicht kann man in diesem Zusammenhang auch noch einmal einen Appell an die Bürger richten, der eine oder andere erbt ja eine Waffe, die er dann im Besitz hat, dass er, wenn er sie nicht braucht, sie dann auch schnellstens bei den Behörden abliefern, damit mit solchen Waffen kein Unfug getrieben werden kann.

(Beifall bei der FDP, bei der SPD und beim  
Bündnis 90/Die Grünen)

In diesem Sinne unterstützen wir den Antrag, und ich glaube, da sind wir uns - wie bei allen anderen Dingen, die das Stadtamt in den vergangenen Wochen und Monaten betroffen haben - über alle Fraktionsgrenzen hinweg einig. Auch ich bin gespannt darauf, was uns der Senator gleich zur Baustelle - so nenne ich das jetzt einmal - oder zur voranschreitenden Baustelle Stadtamt zu berichten hat. - Vielen Dank!

(Beifall bei der FDP und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

**Präsident Weber:** Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Troedel.

Abg. Frau **Troedel** (DIE LINKE): Herr Präsident, meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen! Wir werden diesem Antrag zustimmen, weil wir ihn als reinen Arbeitsauftrag an den Senat verstehen. Die andere, schon mehrfach angesprochene Diskussion würden wir gern führen, aber mit einer zeitlichen Distanz, das hat mit den trauernden Menschen in Winnenden zu tun. Diese Diskussion würden wir sehr gern im Grundsatz gemeinsam führen, aber mit einem anderen Hintergrund.

Wenn wir die Diskussion um den desolaten Zustand im Stadtamt führen, plädieren wir dafür - und das sollte eigentlich auch als Anforderung an den Senat gestellt werden -, dass die Ursache behoben wird, und das ist die mangelnde personelle Ausstattung. Ich erinnere an die Diskussion im Stadtamt, Heirats- und Sterbeurkunden, es sind immer nur Puzzlestücke im Gesamtproblem des Stadtamtes. - Ich danke für die Aufmerksamkeit und natürlich auch Zustimmung!

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Mäurer.

**Senator Mäurer:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben uns hier zuletzt im Oktober des letzten Jahres in einer, wie ich glaube, sehr guten Diskussion mit den Problemen des Stadtamtes auseinandergesetzt. Sie haben den Bericht heute zur Grundlage genommen, um erneut darauf hinzuweisen, dass es in diesem Bereich eine Notwendigkeit gibt, mehr zu tun. Fairerweise, denke ich, muss man zur Kenntnis nehmen, was sich seitdem getan hat, weil die Zahlen, die Sie zitiert haben, heute so nicht mehr stehen können. Sie basieren auf Angaben aus dem Jahr 2007.

Erlauben Sie mir, dass ich Ihnen heute über den Stand der Zahlen Anfang 2009 berichte! Wir haben festgestellt, dass das Stadtamt in den letzten Monaten des Jahres 2008 die Intensität der Kontrollen deutlich verschärft hat. Wir haben registriert, dass die Zahl der Waffen in der Stadt Bremen von 30 000 - das war die Situation Anfang 2008 - auf heute 21 000 zurückgegangen ist. Die Zahl der Waffenbesitzkarteninhaber ist im gleichen Zeitraum von 10 000 auf 7 200 zurückgegangen. Ich glaube, das Ganze muss man erklä-

ren, weil sich hier bestimmte Sachen miteinander verbinden.

Das Amt hat keine Probleme, was die aktuelle Bearbeitung der neuen Fälle angeht. Das heißt, wenn Sie heute einen Antrag stellen, wird dieser Antrag auch bearbeitet. Hier geht es darum, dass durch die Verschärfung des Waffenrechts zuletzt im Jahr 2008 neue Anforderungen an die Besitzer beziehungsweise die Erben von Waffen formuliert worden sind, die in früheren Zeiten legal erworben worden sind. Das Besondere ist, dass man seit 2008 nicht nur seine Waffen sicher verwahren muss, sondern dass 2008 auch die Forderung im Gesetz steht, dass man die geerbten Waffen blockieren muss. Das ist das, was ich in erster Linie die Abarbeitung dieser Altfälle nenne. Das heißt, das Stadtamt muss in Tausenden von Fällen die früheren Besitzer anschreiben, sie fragen, was sie mit den Waffen gemacht haben und inwieweit sie blockiert sind. Hinzu kommt das Problem, dass die Industrie heute noch gar nicht in der Lage ist, diese Blockiersysteme auch für alle Waffentypen bereitzuhalten. Das heißt, das ist ein Prozess, der noch einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen wird. Aber Fakt ist, dass die Behörde es geschafft hat, durch einen massiven Einsatz die Zahl der Waffenbesitzer in der Stadt deutlich zu reduzieren.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

Wir haben das Personal nahezu verdoppelt, und das sind keine Planungsgrößen, sondern seit Anfang Januar sind zwei zusätzliche Kräfte in diesem Bereich eingesetzt, eine weitere halbe Stelle ist ausgeschrieben. Ich denke einmal, dass das Amt in der Lage sein wird, diese sogenannten Altfälle in den nächsten 12 bis 16 Monaten abzuarbeiten. Hierzu muss man auch sagen, die Mehrzahl der Personen, die angeschrieben wird, kommt freiwillig und gibt ihre Waffen zurück. Das ist in der Tat ein Bereich, in dem bisher am wenigsten passiert ist. Es sind ältere Menschen, die dann diese Waffen haben, mit denen sie nichts anfangen können, und sie sind meistens dankbar, wenn das Amt sich meldet und die Waffen dann aus der Wohnung oder aus dem Haus kommen. Daran arbeiten wir, und wir sind auch in der Lage, die täglichen Anträge zu bearbeiten.

Was nun die Situation des Stadtamtes angeht, wie die Kontrolle funktioniert: Die Bundeskanzlerin hat den tollen Vorschlag entwickelt, wir kommen unangemeldet, klopfen an und gehen hinein. Herr Hinners, Sie als alter Polizeibeamter wissen doch auch, dass Sie in eine Wohnung - -

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Ewig jung!)

Als ewig junger Beamter!

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU, bei der SPD  
und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie wissen doch auch, wie schwierig das ist: Ohne einen richterlichen Durchsuchungsbeschluss kommen Sie doch nirgendwo hinein, und so ist das hier auch! Freundlicherweise bekommt man vielleicht den Zugang zu einer Wohnung, aber wenn der Inhaber sagt, nein danke, heute nicht, dann gehen Sie wieder nach Hause, und um überhaupt vorbeizukommen, brauchen Sie einen ganz konkreten Hinweis. Das Amt ist vielleicht fünf, sechs Mal im letzten Jahr auf besondere Umstände hingewiesen worden. Das ist eigentlich die gesetzliche Voraussetzung dafür, überhaupt aktiv zu werden. Einfach einmal zu sagen, wir nehmen jeden dritten Besitzer einer Karte, schauen da einmal vorbei, dafür gibt es keinerlei Rechtsgrundlage. Ob das glücklich ist, ist eine ganz andere Frage, aber jedenfalls, denke ich, müssen wir akzeptieren, dass wir da ein mächtiges Kontrollproblem haben. Deswegen, wie gesagt, lautet die Ansage, das geltende Recht einzuhalten und dafür zu sorgen, dass diese Rückstände abgebaut werden. Daran arbeiten wir. Ich denke auch, dass insofern dieser Beschluss noch einmal hilfreich ist, weil er klar macht, was wir wollen.

Ich habe nur das Problem, dass mir dies allein nicht ausreicht, und wir haben heute im Innenausschuss des Bundesrates einem Antrag von Baden-Württemberg zugestimmt. Der Antrag sagt, der Bund, der Bundesinnenminister und die Innenministerkonferenz mögen überprüfen, welche Konsequenzen aus diesen tragischen Vorgängen zu ziehen sind, und ich sehe da viele Dinge, die mich stören. Ich frage mich: Muss man so viele Waffen haben? Muss man Waffen und Munition in der privaten Wohnung aufheben? Braucht man heute, um als Sportschütze Erfolge zu haben, Waffen, die normalerweise beim Militär oder bei der Polizei genutzt werden,

(Beifall bei der SPD und bei der CDU und beim  
Bündnis 90/Die Grünen)

großkalibrige Waffen, für die es überhaupt keine Notwendigkeit gibt? Und ich frage mich: Ist es korrekt, dass man bereits nach zwölf Monaten eine Waffenerlaubnis bekommt, wenn man irgendwo angemeldet ist? Wäre es nicht sinnvoller, dort genauer hinzuschauen, vielleicht vorzuschreiben, drei Jahre zu warten, bis man - -?

(Abg. Frau Troedel [DIE LINKE] meldet sich zu einer Zwischenfrage. - Glocke)

**Präsident Weber:** Herr Senator, ich unterbreche Sie ungern, aber gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Troedel?

**Senator Mäurer:** Ja, gern!

**Präsident Weber:** Bitte, Frau Abgeordnete!

Abg. Frau **Troedel** (DIE LINKE): Herr Senator Mäurer, können Sie meine Frage, die ich innerhalb unseres Beitrags noch einmal genannt habe, zur personellen Ausstattung des Stadtamtes gegenwärtig und zukünftig beantworten? Haben Sie das eben genannt, ist es mir entgangen, oder wollen Sie es noch benennen?

**Senator Mäurer:** Ich wiederhole das noch einmal! Es gibt zahlreiche Baustellen. Wir hatten Anfang des Jahres das Thema Friedhof, heute Morgen haben Sie das Problem Führerscheine gelesen. Ich versichere Ihnen aber, dass wir im Bereich Waffenrecht jetzt eine Ausstattung haben, die es uns erlaubt, diese Probleme anzugehen. Wie gesagt, ich habe diese Baustellen vorgefunden, ich habe Sie angenommen, aber fairerweise, denke ich, muss man auch sagen, ich habe sie nicht selbst geschaffen. Insofern geben Sie mir auch einfach noch etwas Zeit! Wir können nicht alle Dinge gleichzeitig machen, aber ich muss sagen, es ist für mich gerade wichtiger, diese Waffen zu kontrollieren als möglicherweise dann Führerscheine auszugeben, obwohl wir das nicht vernachlässigen wollen.

Noch einmal zurück zu dem, was wichtig ist! Ich glaube, wir werden in einem sehr sorgfältigen Prozess in der Innenministerkonferenz - -.

(Abg. Frau Troedel [DIE LINKE] meldet sich zu einer Zwischenfrage. - Glocke)

**Präsident Weber:** Herr Senator, gestatten Sie eine weitere Frage der Abgeordneten Frau Troedel?

**Senator Mäurer:** Ja, bitte!

**Präsident Weber:** Bitte, Frau Abgeordnete!

Abg. Frau **Troedel** (DIE LINKE): Aber das Problem Stadtamt in seiner Grundsätzlichkeit mit seiner personellen Ausstattung und nicht Stück für Stück wird von Ihnen nicht aus dem Auge verlo-

ren? Nicht, dass Sie sagen, das eine wird vorgezogen!

(Zurufe - Abg. Focke [CDU]: Wir haben doch jetzt ein anderes Thema!)

**Senator Mäurer:** Nein, wir machen alles gleichzeitig,

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen )

aber bitte geben Sie mir etwas Zeit dafür!

Noch einmal zurück zu dem Prozess! Ich glaube wirklich, es ist richtig, wirklich keine schnellen Maßnahmen zu fordern, sondern wir müssen uns konkret anschauen, was sind Maßnahmen, die wirklich dazu beitragen, ein Mehr an Sicherheit zu schaffen. Ich denke, dass der Rahmen der Innenministerkonferenz richtig ist und dass wir das gemeinsam mit dem Bund angehen. Es geht natürlich auch um die Frage der Kontrollen der Waffen, um die Frage des Umfangs und so weiter. Ich bitte Sie aber, bei alledem nicht zu vergessen, dass es nur eine Facette eines gesellschaftlichen Problems ist.

Ich glaube, wir wären gut beraten, darüber zu diskutieren, was wir in den Schulen und in den anderen Bereichen tun müssen, um gerade zu verhindern, dass sich in den Köpfen junger Menschen solche Sachen entwickeln. Der Griff zur Waffe ist meistens erst der letzte Schritt, und dann ist das Problem schon seiner Form fortentwickelt, dass man wirklich auch sehr schlecht darauf reagieren kann. Deswegen, denke ich, sollten wir beide Dinge mit ins Auge fassen, und ich hoffe, dass wir hier in Bremen jedenfalls die Dinge so schnell wie möglich umsetzen, wie ich es Ihnen hier vorgestellt habe. - Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

**Präsident Weber:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 17/308 S, Neufassung der Drucksache 17/306 S, seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, darf ich auf der Besuchertribüne recht herzlich Teilnehmer und Teilnehmerinnen des europäischen Bürgerforums in Bremen vom 31. Januar 2008 und gleichzeitig die ehemalige Vizepräsidentin der Bremischen Bürgerschaft Frau Dr. Trüpel begrüßen. - Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall)

**Ortsgesetz zur Änderung der Friedhofsordnung für die stadt eigenen Friedhöfe in Bremen**  
Mitteilung des Senats vom 3. März 2009  
(Drucksache 17/292 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Ortsgesetz zur Änderung der Friedhofsordnung für die stadt eigenen Friedhöfe in Bremen beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

**Nachtragshaushaltsgesetz und Nachtragshaushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für das Haushaltsjahr 2009 (einschließlich Veränderungen im Produktgruppenhaushalt)**  
**Hier: Umsetzung des Konjunkturpakets II des Bundes**

Mitteilung des Senats vom 3. März 2009  
(Drucksache 17/291 S)

Dazu

**Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE**  
vom 12. März 2009  
(Drucksachen 17/297 S bis 17/302 S)

und

**Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD**  
vom 19. März 2009  
(Drucksache 17/309 S)

und

**Änderungsantrag der Fraktion der CDU**  
vom 19. März 2009  
(Drucksache 17/310 S)

Wir verbinden hiermit:

**Nachtragshaushaltsgesetz und Nachtragshaushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für das Haushaltsjahr 2009 (einschließlich Veränderungen im Produktgruppenhaushalt)**  
**Hier: Umsetzung des Konjunkturpakets II des Bundes**

Bericht und Antrag des städtischen Haushalts- und Finanzausschusses vom 17. März 2009  
(Drucksache 17/303 S)

Die Stadtbürgerschaft hat das Nachtragshaushaltsgesetz der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) 2009, den Nachtragshaushaltsplan 2009 und den Nachtragshaushalt für den Produktgruppenhaushalt für das Jahr 2009 zur Beratung und Berichterstattung in ihrer 22. Sitzung am 9. März 2009 an den städtischen Haushalts- und Finanzausschuss (federführend) sowie an den Ausschuss Krankenhäuser der Stadtgemeinde Bremen überwiesen. Der städtische Haushalts- und Finanzausschuss legt nunmehr seinen Bericht mit der Drucksachen-Nummer 17/303 S dazu vor. Die Aussprache über den Stadthaushalt sowie der dazugehörigen Änderungsanträge fand bereits in der Landtagssitzung statt.

Meine Damen und Herren, die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen)\*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Als Erstes möchte ich an dieser Stelle einmal dem Finanzressort und seinem Vertreter, Staatsrat Müntzelburg, danken! Es wird immer gesagt, dass das Parlament wenig flexibel sei und dass es wenig interessant und aufregend sei. Das Finanzressort hat heute dafür gesorgt, dass die Stadtbürgerschaft dies widerlegen konnte, und dafür bin ich ihm sehr dankbar. Wir waren heute flexibel, es war aufregend, spannend bis zum Schluss, und die Fraktionen waren in der Lage, die große Herausforderung, die heute Mittag aus dem Finanzressort Richtung Parlament gegeben worden ist, doch ganz gut zu bestehen. Vielen Dank also für diesen kleinen Test, ob dieses Parlament auch richtig funktionieren kann!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU)

Ich weiß nicht, ob es ursprünglich so gedacht war, aber ich habe es jetzt einmal so interpretiert, dass Sie es so gemeint haben, dass Sie uns heute mit diesem Wunsch für dieses Problem, das wir jetzt besprechen, beglückt haben.

Wir haben einen Antrag der Koalition vorliegen, der das Problem behandeln soll, dass der gestern ausführlich diskutierte mögliche Ankauf der swb-Anteile der Essent AG hier auch dann tatsächlich die rechtlichen Voraussetzungen und die haushalterischen Voraussetzungen erhält, um getätigt zu werden. Wir haben gestern in der Sache darüber gesprochen. Diese ganze Debatte über die swb möchte ich nicht noch einmal aufmachen. Die Punkte 1 und 2 im Paragraphen 13 a dieses Änderungsgesetzes zum Nachtragshaushalt sind dazu da, den Senat und den Haushaltsausschuss in den kommenden Wochen in die Lage zu versetzen, falls der Fall eintreten sollte - es gab ja hier eine große Übereinstimmung bis auf die FDP-Fraktion, ein solches Ankaufsrecht wahrnehmen zu wollen -, dass der Senat und der Haushaltsausschuss seines Amtes walten kann und dass die entsprechenden Ermächtigungen für Kredite und für Bürgschaften auch tatsächlich gegeben werden. Das ist jetzt quasi, wenn Sie so wollen, das Nachsitzen und die kleine Nacharbeit für die große politische Debatte zur swb von gestern. Das machen wir gern.

Wir haben in der Begründung noch einmal klargestellt, dass es sich um einen Zwischenerwerb handeln soll. Ich habe gestern wiederum den Eindruck in der Debatte gewonnen, dass bis auf die Fraktion der LINKEN allgemein im Hause die Meinung geteilt worden ist, dass es sich um einen

Ankauf, einen Zwischenerwerb und dann einen Weiterverkauf handeln soll. Das hat gestern im Wesentlichen doch die große Mehrheit des Hauses so gesehen. In dem Satz, der in unserer Begründung hier steht, ist allerdings nicht enthalten, um da auch gleich mögliche Missverständnisse auszuräumen, in welcher Form dieser Ankauf denn nun stattfinden soll und welche Voraussetzungen bei welchem Anbieter wie genau vorliegen sollen. Wir haben gestern schon gesagt, das wollen wir hier nicht im Parlament diskutieren; das muss dem Senat ein Stück weit offenbleiben, um in den entsprechenden Verhandlungen für die Freie Hansestadt Bremen das Beste herauszuholen. Das ist nicht vorherbestimmt, aber es ist ganz klar gesagt worden, dass die Stadtbürgerschaft erwartet, dass diese Ermächtigung für einen Zwischenerwerb und für einen späteren Weiterverkauf, der dann möglichst zeitnah - so ist das von der Finanzsenatorin gestern auch gesagt worden -, möglichst kurzfristig erfolgen soll, hier in dieser Begründung zum Gesetz steht.

Es gibt nun einen zweiten Änderungsantrag, der sich in einer Nuance von unserem unterscheidet, das wird Herr Röwekamp gleich begründen. Wir glauben, dass dies die richtige Form ist, dieses uns heute Mittag vom Finanzressort vorgetragene Problem zu lösen, und dann hoffen wir - Senat und Bürgerschaft, gemeinsam für unsere beiden Städte -, dass diese „Operation swb“ in den nächsten Wochen erfolgreich vonstattengehen kann. - Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Röwekamp.

Abg. **Röwekamp** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir reden über ein Volumen von bis zu rund 800 Millionen Euro, und ich finde, es ist schon eine Leistung, dass das Parlament, das ansonsten gewohnt ist, über weitaus geringere Beträge miteinander zu streiten, in der Lage ist, von 13.28 Uhr bis 17.37 Uhr zu einer entscheidungsfähigen Beratungsgrundlage zu kommen.

Ich will für die CDU-Fraktion an dieser Stelle erklären, warum wir einen eigenen Antrag eingebracht haben! Ich nehme zur Kenntnis, dass auch die Koalition das Ziel verfolgt, in den jetzt unter mindestens genauso großem Zeitdruck und großer Spannung stehenden Verhandlungen zum Anteilserwerb auch sicherzustellen, dass wir am Ende nicht 51 oder 25,1 Prozent dauerhaft im bremischen Besitz halten.

\*) Vom Redner nicht überprüft.

Kollege Dr. Schrörs hat gestern in der Debatte deutlich gemacht, dass es für uns als CDU-Fraktion in Anbetracht der Haushaltslage, aber auch aus ordnungspolitischen Gründen eine Bedingung für den Ankauf ist, dass zu dem Zeitpunkt, wo angekauft wird, auch sichergestellt ist, dass weiterverkauft wird und dass es nicht nur zu einer politischen Absichtserklärung in diesem Sinn kommt, sondern dass der Ankauf nur unter dieser Bedingung stattfindet. Das bedeutet für uns, das will ich ganz ausdrücklich auch sagen: Wenn es zum Zeitpunkt der Entscheidung im Haushalts- und Finanzausschuss kein verbindliches Angebot eines Dritten gibt, die von uns zwischenerworbenen Anteile endgültig zu erwerben, würden wir diesem Ankauf nicht zustimmen. Für uns, und das bringen wir mit diesem Antrag zum Ausdruck, ist also die Voraussetzung, dass die Weiterveräußerung zum Zeitpunkt des Ankaufs bereits sichergestellt ist.

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Wo sind die Anführungsstriche?)

Ich sage einmal, es ist Verhandlungssache, wann etwas sichergestellt ist, das ist völlig klar, aber es wäre zum Beispiel sichergestellt, wenn es ein verbindliches Kaufangebot gibt. In dem Moment, wo sich ein Dritter erklärt, die von uns im Zeitpunkt der Entscheidung erworbenen Anteile selbst zu erwerben und uns wieder abzunehmen, wäre nach Ansicht der CDU-Fraktion diese Bedingung erfüllt.

Es kann sein - auch das Argument haben wir gestern sorgsam abgewogen -, dass man im Laufe der weiteren Verhandlungen aus welchen Gründen auch immer zu der Entscheidung gelangt, sich vielleicht nicht sofort oder vielleicht auch nicht im vollen Umfang von den durch das Ankaufsrecht betroffenen Anteilen wieder zu trennen. Für diesen Fall sind natürlich in unserem Haushalt noch ausreichende Kreditermächtigungen vorhanden, um auch einen dauerhaften Verbleib eines fünf-, vier-, drei-, zwei- oder einprozentigen Anteils zu finanzieren. Wir stehen am Anfang des Jahres, und das Finanzressort ist auskömmlich mit Kreditermächtigungen ausgestattet; ich gebe zu, nicht in Höhe von bis zu 800 Millionen Euro, aber zumindest mit einer Summe, mit der man einen geringen Teil der Anteile auch dauerhaft im Bestand halten könnte.

Ich vertraue auf das, was Herr Dr. Güldner hier für die Koalition erklärt hat, weil ich nach der Debatte gestern auch von Regierungsvertretern den eindeutigen und unverkennbaren Willen vermittelt bekommen habe, dass tatsächlich kein Zweifel daran bestehen wird, dass die Anteile möglichst weitestgehend weiterverkauft werden. Wir wollen

jedoch durch die von uns angefügte Bedingung sicherstellen, dass es auch eine Bedingung für den Ankauf ist, insofern werde ich für unseren Antrag. Es handelt sich um ein Thema für Spezialisten, das ist auch völlig klar. Wann ist eine Begründung eine Begründung, und wann muss sie im Gesetz stehen? Wir glauben, dass unser Antrag das enger fasst, dem Senat und auch dem Haushalts- und Finanzausschuss weniger Spielräume gibt, und das aus gutem Grund.

Ich glaube, dass das Parlament insgesamt gut beraten ist, bei einem Volumen von 800 Millionen Euro zum Zeitpunkt der Entscheidung schon sehr genau zu wissen, zu welchem Preis und vor allen Dingen für welchen Zeitraum es ein solches Risiko eingeht. Deswegen werde ich für unseren Antrag, erkläre aber gleichzeitig, dass wir natürlich, weil wir unseren Antrag für besser halten, am liebsten hätten, dass unser Antrag hier eine Mehrheit findet, aber im Lichte der Debatte von gestern und der Gespräche, die wir zwischenzeitlich geführt haben, würden wir Ihnen von der Koalition auch noch so viel Vertrauen entgegenbringen, dass wir heute auch dem zweitbesten Antrag zu dieser Debatte unsere Zustimmung geben würden. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Sieling.

Abg. **Dr. Sieling** (SPD)\*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mich erst einmal dem Dank anschließen, den meine Vorredner hier auch geäußert haben, in Bezug auf die Entscheidungsstärke, die die Fraktionen hier bei einem so wichtigen Thema heute Nachmittag gezeigt haben. Das muss man auch sagen, es hat Fraktionsberatungen gegeben, die jetzt ermöglichen, dass wir den Weg gehen können und die Möglichkeiten, die wir haushaltsrechtlich schaffen müssen, hier auch schaffen werden. Mit dem Begriff „haushaltsrechtlich“ bin ich natürlich schon bei dem Thema, um das es doch hier in dieser Befassung geht. Es geht um nichts anderes, nicht mehr und auch nicht weniger, als den zuständigen Gremien, Senat und vor allem Haushalts- und Finanzausschuss, die Handlungsmöglichkeit für das zu geben, was wir gestern hier ausführlich diskutiert haben. Darum sind wir seitens der Koalition der Auffassung, dass es nicht richtig ist, dass wir hier auch schon inhaltliche Vorgaben mit hinein formulieren. Wir haben uns deshalb entschlossen, quasi einen handlungsleitenden Hinweis für den Senat in der Begründung zu formulieren.

---

\* ) Vom Redner nicht überprüft.

Ich will auch bestätigen, Herr Röwekamp, dass Sie sich auf das, was Sie hier an Vertrauen und Vertrauensvorschuss formuliert haben, verlassen können, dass wir als Koalitionsfraktionen genau in dem Sinne, so haben wir gestern auch argumentiert, vorangehen wollen und werden. Wir sind eben nur dagegen, ich habe es gestern in der Debatte auch gesagt, dass wir die Diskussion in diesem Parlament mit Verhandlungen darüber verwechseln, wie wir den Ankauf zu gestalten haben. Die Operation ist nicht nur eine, die ein dreistelliges Millionenvolumen beinhaltet, sondern auch eine, wo der Senat - aus unserer Sicht als Regierungsfraktion jedenfalls - die volle Handlungs- und Verhandlungsfreiheit haben muss und wir auch eben Möglichkeiten haben müssen, notfalls zeitversetzt das zu vollziehen, was wir anstreben.

Ich sage aber ausdrücklich, wir hätten und haben den Wunsch und werden alle Kraft darauf setzen, dass es nur eine logische Sekunde gibt, in der Bremen in einer 50,1-Position ist. Das Ideale wäre, wenn es sich sofort vollziehen ließe, das streben wir an, aber wir können uns hier kein Zwangskorsett geben. Dafür werben wir jedenfalls, und so gesehen, ich darf das Wort aufnehmen, wäre ich froh und glücklich, wenn der aus meiner Sicht beste Antrag hier beschlossen würde, und ich wäre froh und glücklich, wenn die Opposition hier auch dem, was sie natürlich nur als zweitbeste Option nennen kann, am Ende des Tages zustimmen könnte und bitte um Zustimmung für den Antrag von den Grünen und der SPD! - Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Buhlert.

**Abg. Dr. Buhlert (FDP):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die wichtigen und ausführlichen Debatten über dieses Thema haben wir gestern geführt, aber heute gilt es, sich zu erklären, wie wir uns zu den beiden vorliegenden Anträgen verhalten. Der FDP ist es auf der einen Seite wichtig, dass der Staat sich auf seine Kernaufgaben beschränkt, und auf der anderen Seite ist es aufgrund der Haushaltsnotlage geboten, dass Bremen alle Eigenanstrengungen unternimmt, die notwendig sind, den Haushalt zu sanieren. Dazu gehört es eben auch, Vermögenswerte zu veräußern. Ein solcher Vermögenswert kann eben auch ein Vorkaufsrecht sein, und deswegen stehen wir nicht im Weg, wenn es darum geht, dafür die notwendigen haushaltsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen. Wenn es dann allerdings um die feinen Unterschiede geht, dann ist uns der CDU-Antrag weit näher, denn der ver-

pflichtet den Senat auch zum Weiterverkauf, der Antrag der Koalition gibt der Hoffnung Ausdruck, dass das dann auch geschieht. Entsprechend werden wir dem CDU-Antrag zustimmen und uns beim Antrag der Koalition enthalten. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

**Abg. Rupp (DIE LINKE)\*:** Herr Präsident, verehrte Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in der Debatte um die Frage, ob man dieses Vorkaufsrecht wahrnehmen soll oder nicht, ausführlich dazu Stellung genommen, und wir haben gesagt, dass wir uns sehr gut vorstellen können, dass Bremen größere Teile der swb behält. Die Debatte will ich nicht wiederholen, deswegen werden wir natürlich die formalen Voraussetzungen, dass man die Anteile erst einmal kaufen kann, natürlich mit unterstützen. Wir wissen, dass man in der Hitze des Gefechts manchmal formale Anträge, die auch notwendig sind, vergisst, und es passiert nicht nur uns, es passiert auch anderen, von daher, denke ich, werden wir das auf jeden Fall unterstützen. Was ich nicht richtig verstanden habe, ist, dass die CDU gestern noch beantragt hat, 7,5 Prozent der swb zu behalten,

(Abg. Focke [CDU]: Das haben wir gar nicht!)

oder bis zu 7,5 Prozent, und jetzt sagen Sie, dass Sie eine kurzfristige Weiterveräußerung sicherstellen wollen. Es ist hier ein Gesetz, und solch ein Gesetz schreibt Dinge vor, an die man sich auf jeden Fall halten muss. Mir ist unklar, wie man diese Form von Sicherstellung durch einen Vertrag, durch eine Absichtserklärung dokumentiert. Ich bin kein Jurist, aber ich halte unter juristischen Gesichtspunkten eine solche Passage in einem Gesetz für ausgesprochen fragwürdig und nicht durchdacht, weil sie möglicherweise zwei bis drei Dinge bewirkt. Erstens, Sie könnten unter Umständen Ihren eigenen Intentionen gar nicht folgen, nämlich unter Umständen 7,5 Prozent zu behalten, weil das ja nicht darin steht - -.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Das könnte man, aber nicht aus dieser Kreditemächtigung!)

Okay! Auf jeden Fall gibt es einen zweiten Aspekt, den ich sehe. Aus meiner Sicht ist es so, dass wir relativ kurzfristig entscheiden müssen, ob wir die Anteile der Stadtwerke kaufen. Wir haben jetzt auch gestern sehr intensiv darüber debattiert, unter welchen Kriterien man sie weiterverkaufen soll

\* Vom Redner nicht überprüft.

und an welches Unternehmen und was sie möglicherweise damit machen. Ich befürchte in der Kürze der Zeit, die uns bleibt, bis wir das kaufen können, haben wir gar keine Gelegenheit, diese Unternehmen herauszufinden und möglicherweise Verhandlungen mit möglichst vielen Anbieterinnen und Anbietern zu führen, um die gesellschaftliche Aufgabe, die wir damit verbinden, überhaupt sicherzustellen. Ich halte diesen Punkt drei für einen Kurzschluss, um es noch einmal deutlich zu machen. Es hat aber irgendwie keine richtige Substanz, von daher werden wir dem CDU-Antrag nicht zustimmen, wohl aber dem Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD. - Vielen Dank!

(Beifall bei der LINKEN)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort Herr Staatsrat Mützelburg.

**Staatsrat Mützelburg:**<sup>\*)</sup> Herr Präsident, meine Damen und Herren! Seit gestern hat sich die Position des Senats zur Frage des Ankaufs von Anteilen der swb Bremen natürlich nicht geändert, insofern will ich auch zur Sache heute nichts weiter beitragen, weil Frau Bürgermeisterin Linnert gestern das Notwendige gesagt hat. Gestern haben Sie sich ganz ausdrücklich beim Senat für die zügige Abarbeitung des Nachtragshaushalts und die Vorbereitung des Konjunkturprogramms II bedankt. Wir haben das gern entgegengenommen. Heute will ich mich bei Ihnen bedanken, dass Sie die in diesem Fall nicht ganz so zügige Vorbereitung dieses haushaltsrechtlich notwendigen Antrags dennoch so akzeptieren, wie wir es gemacht haben. Ich bedanke mich dafür, dass Sie so gearbeitet haben, und ich bedanke mich eigentlich auch beim ganzen Hause, dass Sie letztlich doch die haushaltsrechtlichen Vorraussetzungen für das, was gestern beschlossen worden ist und für das, was gestern die Intention der meisten Redner hier am Rednerpult war, auch tatsächlich schaffen wollen. - Vielen Dank, und ich hoffe, Sie haben anschließend einen angenehmen Abend!

(Beifall bei der SPD, bei der CDU, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

**Präsident Weber:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Gemäß Paragraf 51 Absatz 7 unserer Geschäftsordnung lasse ich zuerst über die Änderungsanträge abstimmen.

Zuerst lasse ich über die Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE mit den Drucksachen-Nummern 17/297 S bis 17/302 S abstimmen.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE mit der Drucksachen-Nummer 17/297 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Änderungsantrag ab.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE mit der Drucksachen-Nummer 17/298 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Änderungsantrag ab.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE mit der Drucksachen-Nummer 17/299 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Änderungsantrag ab.

<sup>\*)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE mit der Drucksachen-Nummer 17/300 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Änderungsantrag ab.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE mit der Drucksachen-Nummer 17/301 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Änderungsantrag ab.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE mit der Drucksachen-Nummer 17/302 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Änderungsantrag ab.

Jetzt lasse ich über den Änderungsantrag des städtischen Haushalts- und Finanzausschusses abstimmen.

Wer dem Änderungsantrag des städtischen Haushalts- und Finanzausschusses mit der Drucksachen-Nummer 17/303 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(DIE LINKE und FDP)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Änderungsantrag zu.

Nun lasse ich über den Nachtragshaushaltsplan 2009 abstimmen.

Wer dem Nachtragshaushaltsplan 2009 unter Berücksichtigung der soeben vorgenommenen Änderung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

(CDU und FDP)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt den Nachtragshaushaltsplan 2009 mit der soeben vorgenommenen Änderung.

Als Nächstes lasse ich über den Nachtragshaushalt für den Produktgruppenhaushalt 2009 abstimmen.

Wer dem Nachtragshaushalt für den Produktgruppenhaushalt 2009 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

(CDU und FDP)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt den Nachtragshaushalt für den Produktgruppenhaushalt 2009.

Ich lasse nunmehr über das Nachtragshaushaltsgesetz 2009 abstimmen.

Gemäß Paragraph 51 Absatz 7 unserer Geschäftsordnung lasse ich auch hier zuerst über die Ände-

rungsanträge, als Erstes über den CDU-Änderungsantrag, abstimmen.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 17/310 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Änderungsantrag ab.

Ich lasse nun über den Änderungsantrag der Koalition abstimmen.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 17/309 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(FDP)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Änderungsantrag zu.

Wer das Nachtragshaushaltsgesetz 2009 unter Berücksichtigung der soeben vorgenommenen Änderungen beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(CDU, DIE LINKE und FDP)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt das Nachtragshaushaltsgesetz 2009 mit Änderungen.

Im Übrigen nimmt die Stadtbürgerschaft von dem Bericht des städtischen Haushalts- und Finanzausschusses, Drucksache 17/303 S, Kenntnis.

Mit der Beratung dieses Tagesordnungspunktes ist die Tagesordnung der Stadtbürgerschaft beendet. Ich bedanke mich herzlich, wünsche Ihnen allen ein gesegnetes Osterfest und schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 17.56 Uhr)